

Die UNO steht unter Druck, den Interessen westlicher Geberländer zu entsprechen, um von ihnen zumindest eine Zusage für die Finanzierung der erforderlichen Hilfsoperationen in Syrien zu erhalten. Am Montag befasste sich der UN-Sicherheitsrat mit der Lage in der syrischen Erdbebenregion. In einem »privaten Treffen« und »nichtöffentlichen Beratungen« ging es darum, wie möglichst rasch weitere Hilfe in die betroffenen Gebiete im Norden Syriens und in die syrische Küstenregion gelangen kann. In einem Vorabbericht des Gremiums wurden neben einer Chronologie der Ereignisse seit dem 6. Februar 2023 die Positionen zahlreicher UN- und anderer internationaler Organisationen skizziert.

Die größten Geber für die humanitäre Hilfe für Syrien sind die USA, Deutschland und die Europäische Union. Diese als »Stakeholder« bezeichneten Interessenvertreter wollen möglichst viele Grenzübergänge nach Syrien öffnen, um – der UN-Sicherheitsratsresolution 2672 vom 9. Januar entsprechend – aus dem Ausland Güter in die von bewaffneten Regierungsgegnern kontrollierten Gebiete zu transportieren. Die Sicherheitsratsresolution schließt für solche Lieferungen eine Genehmigungspflicht und Kontrolle durch die syrische Regierung aus. Damit wird Syrien de facto seiner Souveränität beraubt. Im UN-Sicherheitsrat hält der Streit um diese Frage seit Jahren an.

Mit Unterstützung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und China fordert Damaskus seit Jahren, dass die Verteilung von Hilfsgütern in alle Landesteile von Syrien selbst organisiert wird. Auch die Hilfe für die Erdbebengebiete kann gut über die Flughäfen in Damaskus, Aleppo und Latakia erfolgen. Das lehnen die großen Geberländer jedoch ab, weil damit eine Aussetzung der von ihnen gegen Syrien verhängten »einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen«, auch Sanktionen genannt, verbunden wäre.

Festhalten an Sanktionen

Nie wurde humanitäre Hilfe für Menschen in Not so sehr politisiert wie nach dem schweren Erdbeben vom 6. Februar. Unmittelbar nachdem das ungeheure Ausmaß der Zerstörungen in weiten Gebieten im Südosten der Türkei sowie im Norden Syriens und entlang der syrischen Mittelmeerküste deutlich geworden war, wandten sich Ankara und Damaskus an die Vereinten Nationen und baten um Hilfe. Die kam aber vor allem in der Türkei an.

In Syrien wird die humanitäre Hilfe bereits seit Beginn des dortigen Krieges 2011 mit der UNO und dem



Zehn Tage nach dem Erdbeben gibt es kaum noch Hoffnung, weitere Überlebende bergen zu können (Idlib, 14.2.2023)

Politisierte Hilfe

Syrien wird bei Unterstützung für Erdbebenopfer von westlichen Staaten aus Feindschaft gegen Regierung in Damaskus ausgegrenzt.

Von Karin Leukefeld, Beirut

Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) abgestimmt. Das ist nicht einfach, weil durch den Krieg Gebiete entstanden, die sich im Nordwesten (Idlib, Afrin, Asas) von der Türkei unterstützt unter Kontrolle bewaffneter Regierungsgegner befinden und im Nordosten (Hasaka, Rakka) mit US-Hilfe unter kurdischer Führung stehen. Hilfsoperationen für die in diesen Gebieten lebenden Menschen, darunter viele Inlandsvertriebene, wurden und werden politisiert. Für UNO und IKRK ist es in dem Klima nicht leicht, ihre Neutralität zu bewahren.

Auf der Pressekonferenz des US-Außenministeriums am Tag des Erdbebens fragte ein Journalist den Sprecher Edward Price, ob es nicht eine »großartige Geste« wäre, wenn die US-Regierung Damaskus Hilfe anböte, und ob es nicht auch eine Geste wäre, »die Sanktionen aufzuheben, die Syrien im Grunde ersticken«.

Price antwortete, es wäre »ziemlich ironisch, wenn nicht sogar kontraproduktiv (...), wenn wir einer Regierung die Hand reichen, die ihr Volk seit nunmehr einem Dutzend Jahren brutal

behandelt hat – sie hat es vergast und abgeschlachtet und ist für einen Großteil des Leids verantwortlich, das es ertragen musste«. Die USA hätten »humanitäre Partner vor Ort«, die notwendige Hilfe leisten könnten. Diese seien »seit den frühesten Tagen des Bürgerkriegs« aktiv gewesen in Syrien, und ihnen würden die USA »erhebliche Mengen an humanitärer Hilfe« zur Verfügung stellen.

Berlin auf US-Linie

Fast wortgleich äußerte sich die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die Journalisten in Berlin erklärte, in Syrien, »wo die Menschen unter dem Assad-Regime auf keine Hilfe hoffen können«, unterstütze man humanitäre Partner vor Ort und werde weiter »auf einen humanitären Zugang drängen«.

Ein Blick auf die Webseite des Auswärtigen Amtes, wo die Hilfsmaßnahmen für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien erläutert werden, zeigt, wer diese »humanitären Partner« sind, die von Washington und Berlin mit »erheblichen Mengen« an Hilfe ausgestattet

werden sollen. Auf dem Foto sind Mitarbeiter der »Weißhelme« zu sehen, die sich selber »Syrischer Zivilschutz« nennen. In zahlreichen Videos und Interviews gaben sie an, weder die UNO noch die syrische Regierung schickten Hilfe.

Die reichen Geberländer wollten daher im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchsetzen, um neben Bab Al-Hawa weitere »ein bis zwei Grenzübergänge« zwischen Syrien und der Türkei zu öffnen, wie die UN-Botschafterin der USA, Linda Thomas-Greenfield, am Montag dem US-Sender *MSNBC* sagte. Auch der Leiter der Internationalen Organisation für Migration, António Vitorino, hatte diese Forderung unterstützt und am Wochenende dem Sender *Al-Dschasira* gesagt, die Öffnung von mehr Übergängen sei entscheidend für den Erfolg der Hilfsoperationen. Ebenfalls am Montag versuchte es der Nothilfe-Koordinator der UNO, Martin Griffiths, mit Diplomatie und sprach in Damaskus mit Präsident Baschar Al-Assad. Ergebnis ist, dass Syrien auch die Übergänge Bab Al-Salama und Bab Al-Rai freigibt, um Hilfslieferungen in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete zu erleichtern.

Hintergrund NATO-Präsenz in der Türkei

Die NATO hat nach dem Erdbeben Hilfe für die Türkei beschlossen. General Christopher G. Cavoli werde die Operation leiten, hieß es in einer Stellungnahme vom 9. Februar. Mehr als 1.400 Einsatzkräfte aus über 20 NATO- sowie 30 verbündeten Staaten seien im Einsatz, berichtete das US-Militärmagazin *Stars and Stripes*.

Man stehe fest an der Seite des Verbündeten Türkei, erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Das westliche Kriegsbündnis liefert Unterkünfte, die normalerweise von der NATO als bewegliche Hauptquartiere bei Manövern oder Einsätzen benutzt werden. Sie sollen die bereits gelieferten winterfesten Zelte »von Alliierten und Verbündeten« ergänzen.

Die Allianz verfügt über 24 Militärbasen in der Türkei. Incirlik liegt etwa zehn Kilometer von Adana entfernt und beherbergt aktuell rund 2.000 US-Soldaten, zivile Angestellte sowie einige hundert britische Soldaten. Nach US-Angaben sei kein Soldat bei dem Erdbeben verletzt worden. Adana ist die fünftgrößte Stadt der Türkei. Sie ist stark von dem Erdbeben betroffen. Die Militärbasis Incirlik spielt nach Pentagon-Angaben eine »zentrale Rolle bei der Unterstützung von Konflikten im südlichen NATO-Einsatzbereich«. Auf dem Stützpunkt sind 50 taktische US-Atomwaffen stationiert.

Weitere NATO-Stützpunkte befinden sich in Kahramanmaraş und Gaziantep, in Diyarbakir, Mardin, Sanliurfa und Iskenderun (Marine). Von diesen Stützpunkten ist nicht bekannt, wie stark sie von dem Erdbeben betroffen sind.

2012 wurden in Adana, Kahramanmaraş und Gaziantep von der NATO »Patriot«-Raketenabwehrsysteme stationiert: Niederländische Armeekontingente waren in Adana, deutsche in Kahramanmaraş und US-Truppen in Gaziantep stationiert. Der deutsche Einsatz wurde im Januar 2016 beendet.

(kl)

Schwerste Schäden

Türkei und Syrien: Ausmaß von Verwüstung längst nicht absehbar. Zahlreiche Welterbestätten betroffen

Die vom Erdbeben betroffenen Gebiete sowohl in der Türkei als auch in Syrien werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Darüber hinaus sind sie seit Jahrzehnten Austragungsort zahlreicher Auseinandersetzungen. Der Südosten der Türkei (Nordkurdistan) ist seit den 1980er Jahren von der Verfolgung der kurdischen Minderheit durch den türkischen Staat geprägt. Zwangsumsiedlungen aus den Dörfern haben über die Jahre die Provinzstädte zu Millionenmetropolen gemacht. Hinzu kamen seit 2011 syrische Flüchtlinge entlang der türkisch-syrischen Grenze. Städte wie Gaziantep, Hatay und Diyarbakir

beherbergen viele Geflohene. Von den etwa 13,5 Millionen Menschen in diesem Gebiet sind zwei Millionen syrische und rund 300.000 afghanische Schutzsuchende.

Nach UN-Angaben sind von Adana und Hatay im Westen bis Diyarbakir im Osten zehn türkische Provinzen von den Folgen des Erdbebens betroffen. Besonders in den Provinzen Kahramanmaraş und Gaziantep, wo kurz hintereinander in Elbistan (Stärke 7,6 auf der Richterskala) und Pazarcik (Stärke 7,7 auf der Richterskala) die Epizentren der zwei Erdbeben lagen, ist die Zerstörung groß.

Die Region ist das Zentrum des türkischen Südostanatolien-Projekts

(GAP), einer Ansammlung von 22 Staudämmen, die entlang des Euphrats (14) und des Tigris (acht) gebaut wurden. Die Staudämme seien nicht Auslöser des Erdbebens gewesen, hätten es aber durch ihr Gewicht und Sickerwasser verstärkt, sagte der jordanische Geologe Ahmed Malaba der russischen Nachrichtenagentur *Sputnik News*. Seit mehr als einem Jahr hat die Türkei das Wasser der beiden Ströme maximal aufgestaut und damit in Syrien und im Irak Wassermangel herbeigeführt.

Ein weiteres Problem in der Region sind die Pipelines, die unter anderem vom Kaspischen Meer Öl

zum Mittelmeerhafen Ceyhan leiten. Die Baku-Tbilissi-Ceyhan-Pipeline (BTC-Pipeline) stellte ihren Betrieb am vergangenen Donnerstag vorübergehend ein, nachdem der Hafen von Ceyhan durch das Erdbeben beschädigt worden war.

Die in Syrien betroffenen Gebiete sind die Provinzen Aleppo, Idlib, Hama, Latakia und Tartus. Hier befinden sich viele Kulturgüter, die teilweise auf der UNESCO-Liste des Welterbes stehen. Die Altstadt und die aus dem 13. Jahrhundert stammende Zitadelle von Aleppo sind nach Angaben der UNESCO von dem Erdbeben betroffen. Schäden wurden an verschiedenen der

gerade wiederaufgebauten Märkte (Souks) gemeldet, auch unweit des Antakya-Tors. Das Nationalmuseum von Aleppo weist Risse auf. Weitere Schäden wurden laut UNESCO aus Hama und Tartus gemeldet.

In der Türkei ist besonders die alte Stadtmauer von Diyarbakir betroffen, die ebenfalls als Weltkulturerbe gilt. Die UNESCO geht davon aus, dass »alle UNESCO-Weltkulturerbestätten in der Türkei (im Südosten) beschädigt wurden«. Schwer getroffen hat es auch das Schloss von Gaziantep, das aus der Zeit des Römischen Reiches stammt.

Karin Leukefeld, Beirut